

Am Rande des Abgrunds.

Norman Paech

Seit Jahren haben wir uns an die Meldungen gewöhnen müssen, dass Israel früher oder später eine militärische Offensive gegen Iran starten werde, um die dort im Aufbau befindlichen atomaren Aufbereitungsanlagen zu zerstören. Wikileaks hat uns jetzt daran erinnert, dass diese Berichte schon aus dem Jahr 2005 datieren, als der US-amerikanische Botschafter in Israel das State Department über die Vorbereitungen Ariel Sharons für einen Angriff auf den Iran informierte. Seitdem sind sieben Jahre vergangen und wir sind geneigt, uns zu beruhigen und den Adressaten dieser Drohungen weniger im Iran zu sehen als in den USA und den Staaten der EU, um den Druck für weitere und schärfere Sanktionen gegen Iran zu erhöhen. Dies ist zweifellos eine wesentliche Absicht der regelmäßigen Ankündigungen aus Jerusalem, die seit Juli 2006 auch immer wieder zu Sanktionsresolutionen des UN-Sicherheitsrats geführt haben. Doch so wenig die Israelis ihren Worten Taten haben folgen lassen – die Ermordung der iranischen Physiker ging offensichtlich auf ihr Konto -, so wenig haben sich die Iraner in der Fortentwicklung ihrer Atomtechnologie beeindrucken lassen – sie haben mit Attentaten geantwortet und ihr Programm weiter verfolgt.

Jetzt allerdings scheint eine neue Stufe der Eskalation erreicht zu sein, wenn selbst der russische Regierungschef Wladimir Putin vor der größer werdenden Gefahr eines Militärschlages gegen Iran warnt. Er hat zwar bisher mäßigend auf die Sanktionspolitik der USA eingewirkt, sie jedoch im Kern immer mitgetragen. Die Situation erscheint ihm offensichtlich nun so brenzlich, dass er sogar die Kernforderung des Sicherheitsrats auf Einstellung des gesamten Atomprogramms aufgibt, und die völkerrechtlich jedem Staat zugestandene Aufbereitung für zivile Zwecke zur Grundlage diplomatischer Verhandlungen machen will. Zu Spät? Die unterschiedlichen Signale aus Israel und den USA lassen das befürchten.

Im Dezember vergangenen Jahres noch wollte die Regierung Netanyahu zumindest die US-Administration von einem unmittelbar bevorstehenden Militärangriff unterrichten, ohne sich allerdings mit ihr zu beraten. Jetzt berichtet „Associated Press“, dass sie auch das nicht mehr will, sondern ohne Vorwarnung angreifen werde, damit Iran die USA nicht dafür verantwortlich machen können, den Angriff Israels nicht verhindert zu haben. Dies ist nur vor dem Hintergrund verständlich, dass sich die Regierung in Jerusalem absolut sicher ist, dass ihr die USA im Fall eines Krieges mit Iran zur Hilfe eilen werden. Dafür verfügt sie in den USA über die außerordentlich einflussreiche Lobby-Organisation „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC). Diese hat nicht nur einen interfraktionellen Gesetzesantrag im Kongress mit eben diesem Ziel auf den Weg gebracht. Ihr gelang es auch, ein Gesetz im Kongress verabschieden zu lassen, welches jedem Angestellten der US-Administration verbietet, offiziell oder inoffiziell mit irgendjemand, der in den Diensten der iranischen Regierung steht, in Kontakt zu treten. Diesem Verbot hat sich Präsident Obama, der das Gesetz gerade unterschrieben hat, ebenso unterworfen. Eine Ausnahme davon muss 15 Tage zuvor bei vier Komitees des Kongresses beantragt und von diesen genehmigt werden. Ein

politischer Selbstmord, der nicht nur offen jede politische Lösung des Konfliktes mit Iran torpediert, sondern den geraden Weg zu einer militärischen Aggression für Netanyahu und Barak öffnet.

Wenn der israelische Ministerpräsident jetzt wieder in die USA fährt, wird er sich noch einmal versichern lassen, dass es keinen politischen Kompromiss mit Teheran geben wird. Und er wird vor allem das AIPAC gegen jene Stimmen in den USA mobilisieren, die nicht davon überzeugt sind, dass Iran sein Atomprogramm zu einer militärischen Kapazität ausbauen will, und eindringlich vor einem Angriff auf Iran warnen. Eine dieser Stimmen ist General Martin Dempsey, Chef der Vereinigten US-Stabschefs der vier Waffengattungen, der mit zwei kurzen Sätzen in CNN den Kriegstreibern in den Rücken fiel: „Wir sind der Meinung, dass Iran ein rationaler Akteur ist... Wir wissen auch, oder wir glauben zu wissen, dass Iran sich entschieden hat, keine Atomwaffen zu bauen.“ Damit hatte er nur das wiederholt, was Verteidigungsminister Leon Panetta schon im Dezember 2010 dem CBS gesagt hatte. Die andere Stimme kam von den 16 US-amerikanischen Geheimdiensten, die in ihrer neuesten National Intelligence Estimate ihre Einschätzung von 2007 und 2011 im Kern bestätigten, dass es für die Zeit nach 2003 keine eindeutigen Beweise gebe, dass sich die Führung in Teheran für den Bau einer Atombombe entschieden habe. Erstaunlich ist der Widerspruch zu der offensichtlich anderen Einschätzung des Chefs der IAEA Yukia Amano, die er ebenfalls aus Informationen von Geheimdiensten gewonnen haben will, da er über keine eigenen neuen Erkenntnisse verfügt. Erstaunlicher ist jedoch, dass diese gewichtigen Stimmen überhaupt keinen Einfluss auf die politische Agenda der USA und der EU-Staaten haben. Ihre Regierungen drehen weiter an der Sanktionsschraube und London verkündet unverdrossen, dass es überhaupt keinen Zweifel an den militärischen Zielen der Uranaufarbeitung gebe.

Dies erinnert an das Interview des ehemaligen Generaldirektors der IAEA El Baradei vom April vergangenen Jahres, in dem er leicht resigniert feststellte, dass Amerikaner und Europäer niemals an einem Kompromiss mit der Regierung in Teheran interessiert waren, nur an einem Regierungswechsel – „by any means necessary“. Im Herbst 2009 bot die Wiener Gruppe (USA, Frankreich, Russland und die IAEA) den Iranern ein Tauschgeschäft an: Sie sollten 1,200 kg ihres leicht angereicherten Urans gegen auf 20 % angereicherte Uranbrennstäbe für ihren Forschungsreaktor austauschen. Teheran war prinzipiell dazu bereit, da es aber nicht sicher war, wann es mit der Rücklieferung rechnen konnte, kam der Handel nicht zustande. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan und Brasiliens Präsident Lula da Silva erklärten sich jedoch bereit, zu vermitteln und holten sich im April 2010 auf dem Nuklear Security-Gipfel in New York die ausdrückliche Unterstützung Obamas. In der Tat gelang es beiden Staatsmännern, eine Übereinkunft zu erzielen, sodass sich Teheran am 17. Mai 2010 zu einem derartigen Tauschvertrag bereit erklärte. Doch jetzt winkte Obama ab und leutete die vierte Sanktionsrunde des UN-Sicherheitsrats ein.

Iran hatte schon frühzeitig in den Abkommen von Teheran im Oktober 2003 und Paris im November 2004 auf die Entwicklung eines zivilen Atomprogramms verzichtet und das Zusatzprotokoll zum Nichtweiterverbreitungsvertrag, welches unangekündigte Inspektionen seitens der IAEA vorsieht, unterzeichnet – als vertrauensbildende Maßnahme. Als die Westmächte jedoch die von Iran geforderten Sicherheitsgarantien zurückwiesen und auch die

Angebote zu wirtschaftlicher Kooperation nicht überzeugen konnten, nahm Iran im August 2005 die Aktivitäten zur Urananreicherung wieder auf. Die USA reagierten und erreichten mit erheblichem politischen Druck, dass die IAEA im Februar 2006 die Akte Iran dem UN-Sicherheitsrat übersandte, um ihre Sanktionspolitik durchsetzen zu können. Präsident Ahmadinedjad wiederum zog seine Zustimmung zu dem Zusatzprotokoll zurück, was die Kontrolltätigkeit der IAEA seitdem erschwerte. Vergessen wird bei der Kritik an Iran dabei, dass insgesamt 45 Mitgliedstaaten des Nichtweiterverbreitungsvertrags, darunter 14 europäische Staaten, ebenfalls das Zusatzprotokoll nicht unterschrieben haben. Iran hat angeboten, das Zusatzprotokoll wieder zu akzeptieren, wenn seine Akte zurück aus dem Sicherheitsrat der IAEA überstellt würde. Doch auch dieses Angebot ist von den USA und EU-Staaten abgelehnt worden.

Alle diese Mosaiksteine sind nicht so kompliziert und widersprüchlich, als dass aus ihnen nicht ein deutlicheres Bild gelesen werden könnte. Das zeigt, dass Obama trotz der Kriegstromele seiner republikanischen Konkurrenten um die nächste Präsidentschaft jetzt keinen Krieg gegen Iran erwägt. Es zeigt aber auch, dass er keine politische Alternative vorweisen kann, um die Kriegstreiber aus Israel im Zaum zu halten. Die Schraube der Sanktionen führt nicht zur Unterwerfung der Regierung in Teheran, das wissen auch die, die an ihr wieder drehen, und Israels Führung wird man damit nicht befrieden. Ihr Kalkül kann nur sein, den Feind derart zu prügeln und zu provozieren, dass er die Kontrolle verliert und den Vorwand zum Militärschlag liefert. Und sollte sich unter den anschließenden Bomben- und Raketenkratern herausstellen, dass es keine Beweise für die Entwicklung einer iranischen Atombombe gibt, müsste wieder die „humanitäre Intervention“ zur Legitimation erhalten, wie 2003 in Bagdad – eine apokalyptische Vorstellung und nicht die Rettung, sondern das Ende aller Menschenrechte.

Wenn es überhaupt noch eine Alternative gibt, könnte sie wohl nur von Russland und der VR China herbeigeführt werden. Iran ist nicht Libyen aber die Lektion, die man dort erhalten hat, sollte über das Veto gegen eine Intervention in Syrien hinausgehen und zu einer Revision der politischen Selbstblockade führen. Wenn mit Nord-Korea immer noch ohne Krieg gesprochen wird, sollte das auch mit Iran möglich sein.